



Bulletin

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 17. November 2025

Der Kantonsrat hat in der Schlussabstimmung mit 136 zu 29 Stimmen einer Änderung des kantonalen Steuergesetzes betreffend Härtefalleinschlag beim Eigenmietwert zugestimmt ([5980](#)). Wer in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen lebt, soll beim Eigenmietwert der selbstbewohnten Liegenschaft künftig einen Einschlag geltend machen können und so weniger Steuern zahlen müssen.

Der Kantonsrat hat den Bericht des Regierungsrates über das Bauprogramm der Staatsstrassen für die Jahre 2026–2028 zur Kenntnis genommen ([6039](#)). Mit der Diskussion im Rat ist das Geschäft erledigt.

Der Kantonsrat hat die Volksinitiative für mehr günstige und gemeinnützige Wohnungen («Wohnungsinitiative») mit 114 zu 59 Stimmen abgelehnt ([5994](#)). Den Gegenvorschlag der vorberatenden Kommission empfiehlt der Rat indes mit 114 zu 59 Stimmen zur Annahme. Abschliessend entscheiden wird das Stimmvolk. Mit der Volksinitiative sollen Kanton und Gemeinden den Verfassungsauftrag erhalten, für ein ausreichendes und bedarfsgerechtes Wohnungsangebot zu sorgen und ökologische Bauweisen zu fördern. Mit dem Gegenvorschlag sollen günstige Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau zum Verfassungsauftrag erhoben werden.

Der Kantonsrat hat die Volksinitiative «Bezahlbare Wohnungen schützen. Leerkündigungen stoppen (Wohnschutz-Initiative)» mit 114 zu 59 Stimmen abgelehnt ([5987](#)). Den Gegenvorschlag der vorberatenden Kommission empfiehlt der Rat indes mit 107 zu 66 Stimmen zur Annahme. Mit demselben Resultat abgelehnt hat der Rat einen weiteren Gegenvorschlag der Kommissionsminderheit. Abschliessend entscheiden wird das Stimmvolk. Mit dem Volksbegehren wird gefordert, dass Gemeinden Bestimmungen über den sogenannten Wohnschutz erlassen dürfen. Mit dem Gegenvorschlag sollen Leerkündigungen gesetzlich reguliert werden.

Der Kantonsrat hat das Postulat betreffend «Personenschiffahrt auf CO2-freien Antrieb umrüsten» ohne Gegenantrag als erledigt abgeschrieben ([KR-Nr. 176/2022](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat aufgefordert, einen Umsetzungsplan für die rasche Treibhausgasneutralität der öffentlichen Personenschiffahrt auf den Zürcher Gewässern vorzulegen. In seiner Postulatsantwort hält der Regierungsrat fest, dass die Vorgaben der kantonalen Klimastrategie eingehalten werden können.

Der Kantonsrat hat die Motion von GLP und SP betreffend «Verbesserung der Rechtsstellung von Care-Migrantinnen» mit 87 zu 85 Stimmen nicht als erledigt abgeschrieben ([KR-Nr. 458/2020](#)). Der Rat folgte einem Minderheitsantrag und wies die Vorlage an den Regierungsrat zurück. Der Regierungsrat wird damit aufgefordert, die in seinem Zuständigkeitsbereich möglichen Massnahmen zu treffen, um den Schutz vor physischer und psychischer Ausbeutung von Care-Migrantinnen zu gewährleisten und gleichzeitig die Stellung der Hausangestellten im Rahmen des kantonalen Normalarbeitsvertrags zu stärken.

(*nic.*)